
649/AB XXV. GP

Eingelangt am 15.04.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Gesundheit

Anfragebeantwortung



Alois Stöger
Bundesminister

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

GZ: BMG-11001/0044-I/A/15/2014

Wien, am 14. April 2014

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 824/J der Abgeordneten Josef A. Riemer und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, dass für die Beantwortung der vorliegenden parlamentarischen Anfrage eine Stellungnahme des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger eingeholt wurde, die den nachstehenden Ausführungen zugrunde liegt.

Fragen 1 und 3:

Die Anzahl der Krankenstandstage für Arbeiter/innen und Angestellte aufgrund „psychischer und Verhaltensstörungen“ ist der nachstehenden Tabelle zu

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

entnehmen, die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger zur Verfügung gestellt wurde (Zahlen für 2013 liegen noch nicht vor).

Krankenstandstage "Psychische u. Verhaltensstörungen"
(Arbeiter/innen und Angestellte)

Jahr	M + F
2009	2.421.080
2010	2.658.364
2011	3.069.506
2012	3.416.588

Dazu führt der Hauptverband Folgendes aus:

„Anzumerken ist, dass die tatsächliche Zahl psychisch bedingter Ausfallstage vermutlich höher ist, da viele psychische Erkrankungen nach wie vor als ausschließlich somatische Erkrankungen diagnostiziert werden dürften.

Darüber hinaus stehen den Krankenversicherungsträgern aus dem niedergelassenen Bereich keine codierten Diagnosen zur Verfügung. Elektronische Auswertungen sind somit nicht möglich. Daten der Heilmittelverordnungen liegen ebenfalls nicht diagnosebezogen vor. Da Antidepressiva auch bei anderen Diagnosen verordnet werden (z.B. in der Schmerztherapie), wären Auswertungen nicht aussagekräftig. Eine abschließende Aussage über die Anzahl psychischer Erkrankungen ist daher nicht möglich.“

Frage 2:

Weder meinem Ressort noch dem Hauptverband stehen dazu entsprechende Informationen zur Verfügung.

Frage 4:

Diese Frage kann nach Auskunft des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

Fragen 5 bis 7:

Als Gesundheitsminister ist es mir wichtig, den psychischen und psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz entgegenzuwirken, um die derzeit steigende Anzahl der Erkrankungen einzubremsen. Deshalb sollen auch in Zukunft vermehrt ganzheitliche Maßnahmen im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) und qualitätsgesicherte Aktivitäten stattfinden, damit die individuellen Belastungen der Arbeitnehmer/innen gesenkt und deren Arbeitszufriedenheit erhöht werden können. Laut WHO (2001) bedeutet Psychosoziale Gesundheit, sich wohl zu fühlen und seine eigenen Fähigkeiten verwirklichen zu können. Zudem versteht man darunter auch die Kompetenz, mit einem normalen Maß an Belastungen im Leben zurechtzukommen, produktiv zu sein und einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Da die Durchführung von betrieblichen Aktivitäten zur Gesundheitsförderung in der Unternehmensführung auf freiwilliger Basis beschlossen wird, sind unterstützende Maßnahmen sowie Überzeugungsarbeit von besonderer Bedeutung. Die Entscheidung, ob in qualitätsgesicherte Gesundheitsförderungsprojekte für Mitarbeiter/innen investiert wird, soll den Unternehmen in Zukunft noch leichter gemacht werden, indem man die Vorteile und Möglichkeiten sichtbar macht.

Als Förder- und Kompetenzstelle auf nationaler Ebene stehen den Betrieben u.a. der Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) als auch das österreichische Netzwerk der betrieblichen Gesundheitsförderung (ÖNBGF) mit seinen Kooperationspartnern zur Verfügung. Der FGÖ lädt auch 2014 wieder besonders zum Einreichen von entsprechenden Projekten ein, die der psychosozialen Gesundheit der Mitarbeiter/innen gewidmet sind.

Wie der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger mitteilt, werden derzeit auch seitens der Sozialversicherung im Rahmen der Strategie zur „Psychischen Gesundheit“ die Angebote für Betriebe im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung gezielt ausgebaut. Neben einer grundsätzlich breiteren Verankerung der betrieblichen Gesundheitsförderung werden spezifische Beratungs- und Betreuungsangebote für Betriebe entwickelt (Analysetools, Sensibilisierungsworkshops, Interventionen etc.), welche ab Ende 2014 systematisch von den Krankenversicherungsträgern an Betriebe herangetragen werden.

Langfristiges Ziel ist es, die betriebliche Gesundheitsförderung weiter auszubauen und den Unternehmen neben den in den letzten Jahren bereits getätigten Verbesserungen in Zukunft noch mehr und vor allem individuellere Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten. In diesem Zusammenhang wird derzeit unter Mitwirkung von Gesundheitsministerium, Sozialministerium, Wirtschaftskammer Österreich und Arbeiterkammer an einer Grundlagenrecherche zum Thema „Institutionelle betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention in Österreich“ gearbeitet. Es handelt sich um eine Studie, die den Bereich der institutionellen BGF-Anbieter in Österreich bezüglich ihrer Angebote für Betriebe erfasst, um in weiterer Folge eine sinnvolle Abstimmung und Kooperationen zu ermöglichen. Die Ergebnisse können auch im Rahmen einer nationalen BGF-Strategie als Basis dienen, damit es zukünftig für Betriebe noch leichter wird, eine passende Auswahl an Angeboten in Anspruch zu nehmen und auf dem Weg in die betriebliche Gesundheitsförderung begleitet zu werden.